

cken abgenommen hatte,<sup>37</sup> wurde zunächst der Turm, dann die restliche Kirche mit Ausnahme der kreuzgratgewölbten ehemaligen Seelenkapelle abgebrochen, die 1823 um 253 fl ein neues Dachwerk mit einem kleinen Turm erhielt<sup>38</sup> und bis dato als Friedhofskapelle und zugleich als Kriegergedächtnis dient. An die Pracht der einstigen Barockausstattung erinnert in der Klosterkirche neben dem Taufbecken am Eingang zur Martinskapelle nur mehr das ehemalige Hochaltarblatt Lederers mit der »Glorie des hl. Martin«, das zunächst »auf den Altar der »Mater Dei de bono consilio« transferiert<sup>39</sup> wurde und heute im südlichen Seitenschiff hängt.<sup>40</sup>

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Michael Hartig: Kunstgeschichte des Benediktinerstiftes Scheyern in der Zeit der Gotik. In: Jahrbuch des Vereins für christliche Kunst in München 2 (1913), München 1914, S. 1 ff. – Ders.: Die Kunstpflege des Wittelsbacher Hausklosters Scheyern in der Zeit der romanischen Kunst. In: Jahrbuch des Vereins für christliche Kunst in München 3 (1915), München 1916, S. 1 ff. – Lothar Altmann, P. Lukas Wirth OSB und Hugo Schnell (†): Benediktinerabtei- und Pfarrkirche Scheyern (KKF Nr. 338). Regensburg \*2000.
- <sup>2</sup> Georg Paula: Zur Bau- und Ausstattungsgeschichte der Klosterkirche Scheyern im 18. Jahrhundert. In: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 101 (1992), S. 183 ff.
- <sup>3</sup> Die Zuweisung dieses Gemäldes an Deyrer und der Josephsdarstellung an Wolcker bei Paula 1992, S. 204, ist aus stilistischen Gründen nicht haltbar.
- <sup>4</sup> Paula 1992, S. 211 und Anm. 155. – Von dem aus Regensburg gebürtigen Pape ist bisher lediglich bekannt, dass er am 24. Februar 1774 nach Bezahlung von 1 fl 40 kr das Augsburgische Meisterrecht erhalten hat. Die reduzierte Gebühr – üblich waren 16 fl 8 kr – erklärt sich durch seine Heirat mit der Witwe des Malers Christoph Lohmer. Vgl. hierzu Georg Paula: Die Meister und Gesellen der Augsburger Malerzunft von 1648 bis 1827. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 92 (1999), S. 119. – Ders.: Die Meister, Gesellen und Lehrlinge der Augsburger Maler von 1735 bis 1868 nach dem Hauptrechnungsbuch der Zunft. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 96 (2003), S. 110 u. 140.
- <sup>5</sup> P. Franz Gressierer OSB: Pfarrei und Pfarrkirche Scheyerns in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: P. Anselm Reichold OSB: Benediktinerabtei Scheyern 1077–1988. Vor 150 Jahren wiedererrichtet. Weißenhorn 1988, S. 117 ff. – P. Anselm Reichold OSB: Chronik von Scheyern von den Anfängen bis zur Gegenwart. Weißenhorn 1998, S. 206 ff. u. 348 f.
- <sup>6</sup> Gressierer 1988, S. 123.
- <sup>7</sup> Nach Max Knittl: Scheyern als Burg und Kloster. Ein Beitrag zur Geschichte des Hauses Scheyern–Wittelsbach sowie zur Geschichte des Benediktinerordens. Freising 1880, S. 60.
- <sup>8</sup> Knittl 1880, S. 82.
- <sup>9</sup> Vgl. die Ansicht in Michael Wenings »Topographia Bavariae« von 1701.
- <sup>10</sup> Vgl. P. Anselm Reichold OSB: Chronik der Abtei Scheyern von den Anfängen bis zur Gegenwart 1077–1988. In: Reichold 1988, S. 37.
- <sup>11</sup> Knittl 1880, S. 82. Nach Gressierer 1988, S. 123, war sie 22 m lang und 11 m breit und bot Sitzplätze für 256 Männer und 200 Frauen.
- <sup>12</sup> Ursprünglich hatte der Turm einen Spitzhelm; vgl. die Ansicht bei P. Karl Stengel OSB: Monasteriologia. Augsburg 1619. – Die Darstellung Ertls bestätigt eine Federzeichnung des Scheyrer Konventualen P. Frobenius Hibler, die nach einem Blitzeinschlag in den Turm am 29. Mai 1791 entstanden ist; vgl. Abb. bei Reichold 1988, S. 62.
- <sup>13</sup> BayHStA München, KL Scheyern Fasz. 1073 Nr. 201, Rechnungsbuch 1695–1713.
- <sup>14</sup> Vgl. zu den Freisinger Künstlern und Handwerkern im 18. Jahrhundert Johann Baptist Prechtl: Beiträge zur Geschichte der Stadt Freising. Freising 1877,

- S. 75 ff. – Benno Hubensteiner: Die geistliche Stadt. Welt und Leben des Johann Franz Eckher von Kapfing und Liechteneck, Fürstbischof von Freising. München 1954, S. 118 ff. – Georg Brenninger: Freisinger Künstler und Kunsthandwerker vor 1800. In: Freising. 1250 Jahre Geistliche Stadt. Ausstellungskatalog Freising 1989, S. 106 ff.
- <sup>15</sup> BayHStA, KL Scheyern Fasz. 1074 Nr. 202, Rechnungsbuch 1714–1738. Alle folgenden Zitate sind daraus entnommen.
- <sup>16</sup> Franz Joseph Lederer, geb. 31. Mai 1676 in Altötting, Ausbildung in den neunziger Jahren bei Johann Andreas Wolff (1652–1716) in München, 21. Juni 1706 Heirat mit der Tochter des Landsbuter Malers Franz Karl Strellmayer, 1707 Ernennung zum bischöflichen Hofmaler in Freising, gest. 9. Februar 1733 ebenda.
- <sup>17</sup> Franz Anton Mallet, geb. 6. Mai 1678, Bürgerrecht 1718, gest. 23. Februar 1740 in Freising.
- <sup>18</sup> 1717 Sonderbare Ausgaben.
- <sup>19</sup> 1718 Sonderbare Ausgaben: Als anheur der bey dem Hofmaller zu Freysing angefrimbt neue Choraltar völlig verfertigt worden, hat man hieryber volgentes ausgelegt, als Den 13. Merzen denen 2 Fuehrern so etliche zum Altar gehörige Stuckh von Freysing herangeführt zöhörung 1 fl 32 kr. – Allhier ist auch diesen in zöhörung ergangen 27 kr. – Die ybrigen fuehrer so hümach den 25. April mit dem völlig Altar ankommen, haben undernwegs verzöhrt 2 fl 30 kr. – Dan hat man disen fuehrleüthen allhier bey der ankunfft zu Essen Geben, und 10 Pfund Rindtfleisch a 4 kr und 3 Pfund Vöressen a 2½ kr erkaufft 47 kr 04 hl.
- <sup>20</sup> Franz Georg Steffaner, geb. um 1670 in Toblach (Südtirol), 1705 Bürgerrecht, 26. April 1706 Heirat, gest. am 5. August 1745 in Freising.
- <sup>21</sup> 1718 Gemaine Ausgaben.
- <sup>22</sup> 1719 Sonderbare Ausgaben.
- <sup>23</sup> 1720 Sonderbare Ausgaben.
- <sup>24</sup> Nikolaus Lichtenfurner, geb. in Miesbach, 30. Januar 1702 Heirat mit der Malerstochter Christina Schaur, gest. 1. August 1742 in Freising.
- <sup>25</sup> Johann Christoph Lidel, geb. um 1680 in Augsburg, 1718 Meister, 1719 Heirat, gest. 1754 in Augsburg.
- <sup>26</sup> Johann Georg Margetsch, geb. in Rosenheim, 1697 Bürgerrecht, 9. Dezember 1696 Heirat mit der Gürtlerstochter Maria B. Lindner, gest. 10. Januar 1730 in Freising.
- <sup>27</sup> 1726 Sonderbare Ausgaben.
- <sup>28</sup> 1727 Ausgab auf Gepäu und Reparation.
- <sup>29</sup> 1727 Sonderbare Ausgaben.
- <sup>30</sup> 1736 Ausgab auf Gepeu und Reparationes.
- <sup>31</sup> Vermutlich Johann Kaspar Oberl (Eberle), geb. 19. September 1700 in Friedberg, 3. Februar 1728 Heirat mit Maria Theresia Gözl, gest. 19. August 1767 in Friedberg.
- <sup>32</sup> 1738 Sonderbare Ausgaben.
- <sup>33</sup> Zitiert wie auch im Folgenden nach Gressierer 1988, S. 123 f.
- <sup>34</sup> Der Verbleib des »Ziborium« ist unbekannt.
- <sup>35</sup> Ende des 19. Jahrhunderts mussten sie einer neugotischen Ausstattung weichen.
- <sup>36</sup> Nach Gressierer 1988, S. 125, sind sie später verbrannt.
- <sup>37</sup> Zwei Glocken wurden 1816 zu einer einzigen, etwa 750 kg schweren Glocke umgegossen, die noch heute zum Geläut der Klosterkirche gehört. Schulterschrift: JOHANN SPANNAGL IN LANDSBERG GOSSE MICH 1816. – Flankenreliefs: Hl. Martin, Christus am Kreuz und hl. Maria Magdalena, hl. Korbinian; Inschrift: SS. MARTINE ET CORBINIANE ORATE PRO NOBIS. – Schlaginschrift: JOACHIM FURTMAYR PFARRER UND GUTTHAETER.
- <sup>38</sup> Nach Knittl 1880, S. 194.
- <sup>39</sup> Knittl 1880, S. 194.
- <sup>40</sup> Leinwand, 375 x 173 cm; bei Georg Paula: Unbekannte Gemälde von Andreas Wolff und seiner Werkstatt in der Klosterkirche Scheyern. In: Ars Bavarica 69/70 (1993), S. 20, Johann Eustachius Kendlbacher (1662–1725) zugeschrieben und um 1695/1700 datiert.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Georg Paula, Permanederstraße 2a, 80937 München

## Josef Schwalber (1902–1969) – eine politische Biografie

Bürgermeister, MdL, Staatssekretär, Kultusminister und Landrat (3. Teil)

Von Paul Hoser

### Schwalber als Kultusminister

#### Berufung und Ziele

Das für die CSU katastrophale Wahlergebnis vom 26. November 1950, nach dem sie nur mehr die gleiche Stärke hatte wie die SPD, bedeutete den Zwang zu einer Koalition, wenn

die Partei weiter regieren wollte. Die SPD war nur unter der Bedingung dazu bereit, dass Alois Hundhammer, der wie kein anderer polarisiert hatte,<sup>217</sup> nicht mehr Kultusminister würde.<sup>218</sup> Hundhammer setzte sich für Schwalber als seinen Nachfolger ein.<sup>219</sup> Gegen Schwalber brachte allerdings der bisherige Innenminister Anker Müller vor, dass er nicht die beste Gesundheit habe. Der Arzt habe ihm jede Aufregung verboten und er sei

ständig in Behandlung. Er hatte auch im Wahlkampf keine einzige Versammlung gehalten, wohl um zusätzliche Anstrengungen zu vermeiden. Unbekannte lancierten vor seiner Ernennung das Gerücht, Schwalber habe sein Auto nächtlich in eine Sandgrube bei Dachau gefahren, und aus dem polizeilichen Wachbuch sei der entsprechende Eintrag entfernt worden.<sup>220</sup> Schwalber konnte dies widerlegen. Ob hier Parteifreunde seine Ernennung torpedieren wollten, lässt sich nicht nachweisen. Allerdings hätte ein solches Verhalten gut in den damaligen Umgangsstil innerhalb der CSU gepasst.

In der Fraktionsitzung vom 3. Januar 1951 schlug ihn Ministerpräsident Ehard trotz aller Einwände für den Posten des Kultusministers vor. Schwalber machte deutlich, dass er die in der Öffentlichkeit umstrittene kulturpolitische Linie seines Vorgängers fortsetzen wolle: »Ich habe bevor ich ein neues Amt übernehmen kann, eine Frage an die Fraktion zu stellen: Ist die Fraktion bereit, den bisherigen grundsätzlichen Kurs in der Kulturpolitik durchzuhalten und zu unterstützen? Ich müßte verlangen, daß die Fraktion bei den künftigen Gesetzen, z. B. beim Lehrerbildungsgesetz, weiß was sie will, bevor sie den Minister im Landtag allein hängen läßt. Ein Auseinanderfallen der Fraktion wäre nicht zu ertragen. Ich bitte den Eindruck zu haben, daß ich nicht als politischer Gegner des bisherigen Kultusministers in das Gebäude des Salvatorplatzes einziehen möchte. Ich werde auch im Bereich des Kultusministeriums mich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß das, was beste bayerische Kultur seit Jahrhunderten war, uns erhalten bleibt. [...] In grundsätzlicher Hinsicht dürfen Sie auf kulturpolitischem Gebiet keine Änderungen erwarten.«<sup>221</sup> Die Fraktion entschied einstimmig, dass der bisherige Kurs weitergeführt werden solle. 55 von 62 Anwesenden stimmten für Schwalber als Minister. Umstrittener war der von der SPD vorgeschlagene Staatssekretär und zeitweise Rektor der Universität Erlangen, Professor Dr. Eduard Brenner.<sup>222</sup> Man fürchtete, er werde eine christlich orientierte Kulturpolitik nicht unterstützen. Der Fraktionschef der CSU, Prälat Georg Meixner, bemerkte: »In Anbetracht dessen, was ich über die Grundhaltung Brenners weiß, könnte mir Schwalber als Kultusminister leid tun.« Dagegen war sich Schwalber sicher, dass er mit Brenner als Staatssekretär spielend fertig werden würde. Brenner sei schließlich in dieser Position an seine Weisungen gebunden. Den »Dachauer Nachrichten« sagte Schwalber, er habe sich eigentlich völlig zurückziehen wollen und daher auch bei den Landtagswahlen nicht mehr kandidiert. Während man in München über die Regierungsbildung verhandelt hatte, sei er als Vertreter Bayerns im Bundesrat in Bonn tätig gewesen. Kaum sei er in München zurück gewesen, habe ihn Ministerpräsident Ehard rufen lassen und ihn informiert, dass er als Kultusminister in Aussicht genommen worden sei. Es sei ihm noch nie so schwer ums Herz gewesen wie bei der Annahme dieses Amtes: »Ich habe mich um dieses Amt genauso wenig gerissen wie damals um das des Bürgermeisters, Landrats oder Staatssekretärs.«<sup>223</sup> Bei Schwalber erscheint glaubwürdig, dass dies nicht die bei Berufspolitikern übliche Geste der Ziererei war. Er bemerkte überdies, er wolle die Atmosphäre im kulturellen Leben entgiften, denn es müsse aufhören, dass die besten Kräfte sich in ständigem Gegeneinander aufzehrten. Darin kann man eine leise Tendenz erkennen, sich zwar nicht von Inhalt aber vom politischen Stil seines Vorgängers Hundhammer abzusetzen, der auf dem Boden eines katholischen Fundamentalismus bewusst eine Politik der ständigen Provokation betrieben hatte. Ein äußerliches Porträt des Ministers lieferte die Katholische Kirchenzeitung: »Gut gewachsen, breitschultrig, kräftig, mit einem freundlichen intelligenten Gesicht, gewandt in der

Rede, ist er eine wohlgeeignete Gestalt zur Repräsentation. Nicht selten spielt ein schlaues, tiefgründiges Lächeln um seinen Mund, das andeutet, daß dieser Mann das diplomatische Spiel nicht scheut und damit umzugehen weiß – in seiner schwierigen Lage und bei der Gegensätzlichkeit der Parteien in Kulturfragen – eine unerläßliche Notwendigkeit.«<sup>224</sup>

Eineinhalb Monate nach seiner Berufung hielt Schwalber vor dem Landesausschuss der CSU in Würzburg seine erste Grundsatzzrede. Darin erschien die Aufklärung, die die menschliche Vernunft an die Stelle Gottes gesetzt habe, als zerstörerisch und geradezu als Wurzel allen Übels. Als Folge sei die christliche Ordnung der Dinge nicht mehr das gestaltende Prinzip der europäischen Gegenwart. Inzwischen hätten die Weltkatakastrophen zu einem Punkt geführt, wo neue Entscheidungen möglich und nötig seien: »Eine neue Besinnung auf die alten und ewig neuen Werte des Christentums aber könnte eine neue und fruchtbare Periode der abendländischen Geschichte heraufführen.«<sup>225</sup> Der Abschnitt über Bildung und Schule in der Bayerischen Verfassung sei heute schon »[...] das große Bollwerk, das vom schwankenden Kampfglück der Parteien unberührt bleibt und eine stabile Kulturpolitik uns auch für die Zukunft sichert. Gegen die Schulbestimmungen unserer Verfassung werden die Freigeister und ihre parlamentarischen Hilfsgruppen vergeblich anzurennen versuchen.«<sup>226</sup> Die Bekenntnisschule blieb für ihn der »Eckstein der Kulturpolitik.«<sup>227</sup> Sie müsse auch bekenntnistreue Lehrer haben. Dies sei kein Widerspruch zum Art. 107 Abs. 4 der Verfassung, wonach die Zulassung zu öffentlichen Ämtern unabhängig vom religiösen Bekenntnis sei. Der Lehrberuf sei kein weltlicher, sondern ein »Weltanschauungsberuf«. Voraussetzung sei eine bekenntnismäßige Ausbildung des Lehrers. Wenn man pädagogischen Hochschulen für Lehrerbildung in die Universitäten eingliedere, bestehe die Gefahr, dass die praktische pädagogisch-didaktische Ausbildung zu kurz komme. Die Universitäten würden es auch als Widerspruch zu ihrem Charakter und Einbruch in ihre weltanschauliche Neutralität betrachten, wenn sie für eine konfessionelle Lehrerbildung zuständig sein sollten. »Die Frage spitzt sich also zur Alternative zu: Lehrerbildung an Universitäten oder Errichtung von bekenntnisgebundenen eigenen pädagogischen Hochschulen. Das ist der entscheidende Punkt, der die Gegner der Konfessionsschule und der konfessionellen Lehrerbildung zu so eifrigen Anhängern der Ausbildung an der Universität werden läßt.«<sup>228</sup> In Bezug auf das höhere Schulwesen äußerte der neue Kultusminister: »Wenn man [...] glaubt, daß die höhere Schule und insbesondere das humanistische Gymnasium eine Standardschule der sozial besser gestellten Schicht sei, die nach Lehrgut und Form den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspreche und somit einer Einheitsschule etwa nach dem Muster Berlins zu weichen habe, so gehen hierin unsere Meinungen sehr beträchtlich auseinander.« Die höhere Schule sollte eine Ausleseschule bleiben: »Der Zugang zu den höheren Schulen des Landes ist in den letzten Jahren ständig weitergestiegen. Ein Zuwachs an Begabungen ist nicht im gleichen Verhältnis festzustellen. Damit aber wird die Zahl der Schüler, die das Ziel der höheren Schule nicht erreichen und auf der Strecke bleiben, immer größer. Dies aber bedeutet für den Staat eine nutzlose finanzielle Belastung und für den Schüler den Verlust kostbarer Jahre, wenn nicht überhaupt eine gescheiterte Existenz.«<sup>229</sup> Abhilfe sollte hier die neu eingeführte Mittelschule schaffen.

Mit allem, was er sagte, knüpfte Schwalber inhaltlich bruchlos an seinen Vorgänger an.<sup>230</sup> Die Präsentation dieses Programms wurde ihm erleichtert, da diese Rede wie alle anderen, die er als Minister hielt, Wort für Wort von seinem persönlichen

Referenten im Ministerium, Dr. Karl Böck, stammte, der auch Hundhammers Referent gewesen war. Böck hatte auch mit Hundhammer über dessen möglichen Nachfolger beraten.<sup>231</sup> Er hatte mit den von ihm verfassten Reden allerdings nicht Schwalber seine eigenen politischen Vorstellungen vorgezeichnet. Der Inhalt entsprach der offiziellen Linie der CSU und war zwischen ihm und dem neuen Minister vorher diskutiert worden.

#### Volksschulwesen

Eine wesentliche Frage, mit der sich Schwalber zu Anfang seiner Ministerzeit auseinanderzusetzen hatte, war die der Aufstiegsmöglichkeiten für Volksschullehrer. Durch die Reichsbesoldungsordnung von 1940 war die Oberlehrerstufe weggefallen, sodass seitdem keinerlei Beförderungsmöglichkeit mehr für die Volksschullehrer bestand. Der Ausschuss für Besoldungsfragen empfahl daher dem Landtag einstimmig, die Besoldungsordnung aus der Zeit vor 1933 wiederherzustellen. Mindestens ein Sechstel der Lehrerinnen und Lehrer sollte in die Oberlehrerstufe aufsteigen.<sup>232</sup> Schwalber erklärte, sein Ministerium teile den Standpunkt des Landtags.<sup>233</sup> Es sei aber mit einem einfachen Beschluss nicht getan. Vielmehr sei dafür ein Gesetz erforderlich. Das Finanzministerium wolle allerdings im Gegensatz zu seinem Ministerium erst eine Abstimmung mit den übrigen Ländern herbeiführen, weshalb noch kein Ministerratsbeschluss vorliege. Es handelte sich Schwalber zufolge auch nicht um die übliche Altersbeförderung, sondern um eine Beförderung aufgrund von Qualifikation. Damit sollte auch der Landflucht der Lehrer entgegengewirkt werden. Mit einer leichten und schnellen Lösung war nicht zu rechnen. Schwalber klagte, dass man seinem Ministerium gegenüber dem Voranschlag des Etat um 41 Millionen DM kürzen wolle. Am 18. September 1951 lag dann immerhin dem Ministerrat ein erster Gesetzentwurf über die Besoldung und Versorgung der Volksschullehrer vor.<sup>234</sup> Prinzipiell wurde durch das Oberlehrergesetz vom 20. November 1951 die Möglichkeit zur Höhergruppierung wieder eingeführt.<sup>235</sup> Doch bedeutete das nur die Möglichkeit zur Schaffung neuer, besser dotierter Stellen, noch nicht deren tatsächliche Existenz. Am 9. Februar 1954 kritisierte Schwalber im Ministerrat die geplante Neuregelung der Lehrer- und Richterbesoldung, die Volksschullehrer seien darin so schlecht gestellt und die Regelungen für sie blieben soweit hinter denen anderer Länder zurück, dass er nicht zustimmen könne.<sup>236</sup> Doch zeichnete sich bald darauf eine Lösung ab, auch wenn der Finanzminister Schwalbers Forderungen nicht in vollem Umfang zugestand.<sup>237</sup> Das auch für die Volksschullehrer grundsätzliche Gesetz zur Beamtenbesoldung ließ noch bis zum 14. Juni 1958 auf sich warten.<sup>238</sup> In der Frage der Lehrerbildung blieb eine dauerhafte Lösung aus.<sup>239</sup> Vorläufig bestand für diesen Zweck die sogenannte »Oberschule in Kurzform« weiter.<sup>240</sup> Sie wurde 1954 in »Deutsches Gymnasium« umbenannt, 1964 in »Muisches Gymnasium«. Sie begann nach der sechsten Volksschulklasse und führte dann nach weiteren sieben Jahren zum Abitur. Danach setzte ein viersemestriger Pädagogischer Lehrgang ein. Für die Berufspraxis bestanden besondere Ausbildungspraktika und ein vierwöchiges Landschulpraktikum. Diese pädagogischen Lehrgänge nannte man 1954 »Institut für Lehrerbildung«. Die Ausbildung schloss mit der 1. Prüfung für das Lehramt an Volksschulen ab. Schwalber betrachtete dies alles nur als Übergangslösung.<sup>241</sup> Der Ansatz zu einer hochschulähnlichen Ebene war damit gegeben.<sup>242</sup> Die Grundsatzfrage, ob die Ausbildung innerhalb der Universität oder in bekenntnisgebundenen pädagogischen Hochschulen erfolgen sollte, ließ sich in Schwalbers

Amtszeit jedoch nicht lösen. Sie hätte aller Wahrscheinlichkeit nach die Koalition gesprengt.<sup>243</sup> Dies wollte Schwalber aber nicht riskieren, da es ihm als Belastung für den im Herbst 1954 anstehenden Wahlkampf erschien.<sup>244</sup> Die Blockade der Einführung einer akademischen Lehrerbildung ging vor allem auf den damaligen Landtagspräsidenten Hundhammer und dem Führer der Landtagsfraktion der CSU, Prälat Georg Meixner, zurück.<sup>245</sup> So herrschte unter Schwalber Stagnation. Erst 1958 wurden aus den »Instituten für Lehrerbildung« pädagogische Hochschulen, die den Universitäten zugeordnet waren. Auch dies war nur eine Übergangslösung. Vollends in die Universität integriert wurden sie erst 1972.

Zu Beginn von Schwalbers Amtsperiode hatte Bayern 6723 öffentliche Volksschulen und Hilfsschulen aufzuweisen.<sup>246</sup> Zum Ende waren es 6945. Die Schülerdichte pro Normalklasse lag 1950 bei 46,1, 1954 bei 37,2. Diese positive Entwicklung erklärt sich aber stark aus der sinkenden Schülerzahl. 1949/50 waren es 1 245 001, 1953/54 nur mehr 981 271. Zu verzeichnen war auch eine starke Abnahme der Schülerzahlen in den Dorfschulen und ein starker Zuwachs in den Vororten der Städte, wo sich der Schulraumbedarf verdoppelte.<sup>247</sup>

Für Volksschulbauten waren aber immerhin seit der Währungsreform mehr als eine Viertelmilliarde DM aufgewendet worden.<sup>248</sup> Der Bau von 755 Schulhäusern war gefördert worden, insgesamt waren 11 875 neue Schulräume entstanden. So verkündete Schwalber letzten Endes stolz: »Was vorher nicht in hundert Jahren geleistet wurde, das hat sich in diesen letzten Jahren zusammengedrängt.« Obwohl Schwalber dafür gesorgt hatte, dass in einem eigenen Band die Leistungen im Schulhausbau herausgestrichen wurden,<sup>249</sup> und am 15. Juli 1953 im Landtag auf Hunderte von neuen Schulhäusern verwiesen hatte, die in den Gemeinden entstanden seien,<sup>250</sup> war er mit dem Erreichten doch nicht ganz zufrieden. Auch hier hatten die Finanzen Grenzen der Möglichkeiten gesetzt. Die Bereitstellung von fünf Millionen DM für den jährlichen Schulhausbau der Gemeinden hielt er eindeutig für zu gering an.<sup>251</sup> Nach seinen Angaben fehlten 1954 noch zwischen 4000 und 5000 Schulräume.<sup>252</sup>

#### Berufsschule

Eine grundlegende Neuordnung gelang unter Schwalber im Berufsschulwesen. Das Gesetz lag schon 1950 vor, doch verzögerte sich die Verabschiedung aus finanziellen Gründen um drei Jahre.<sup>253</sup> Die kommunalen Körperschaften waren nach dem Berufsschulgesetz vom 25. März 1953 zur Errichtung von Berufsschulen verpflichtet. Der Staat garantierte die Hälfte der Sach- und Personalkosten.<sup>254</sup> Die staatlichen Zuschüsse für das Berufsschulwesen betragen 1950 2,4 Millionen DM, 1953 8,1 Millionen.<sup>255</sup>

#### Mittelschule

Schwalber hielt an der dreiklassigen Mittelschule fest, die 1953 eine neue Prüfungsordnung erhielt.<sup>256</sup> Der von ihm erwartete Effekt einer Entlastung der höheren Schulen stellte sich allerdings nicht ein.<sup>257</sup> Trotzdem verfolgte er sein Programm weiter. Die Zahl der Mittelschulen betrug 1950 88, 1954 148. Die der Schulklassen stieg in diesem Zeitraum von 365 auf 863 und die der Lehrkräfte von 354 auf 514.<sup>259</sup> Gebaut wurden 31 neue Mittelschulen.<sup>260</sup>

#### Höhere Schule

Was die Entwicklung auf dem Bereich des höheren Schulwesens anbelangt, war Schwalbers Regierungszeit eine Zeit

des Stillstands.<sup>261</sup> Für ihn hatten die Volksschulen Vorrang.<sup>262</sup> Schon der Ministerpräsident hatte am 1. Januar 1951 in seiner Regierungserklärung angekündigt, die höheren Schulen sollten nur den wirklich Befähigten offenstehen,<sup>263</sup> eine Ansicht, die Schwalber mit ihm und seinem eigenen Vorgänger teilte.<sup>264</sup> Ein Ausbau des Gymnasialwesens wäre demnach geradezu kontraproduktiv gewesen. Hier war eindeutig die politische Entscheidung maßgebend, nicht allein die mangelnden Finanzen. Die Zahl der höheren staatlichen Schulen wuchs im gleichen Zeitraum von 130 auf gerade 132, die Zahl der Lehrkräfte von 3118 auf 4038.<sup>265</sup> Die Zahl der Gymnasiasten stieg von 108 897 auf 141 891.<sup>266</sup> Die staatlichen Ausgaben für die Gymnasien betragen 1951 73 468.000, 1945 115 919 000 DM.<sup>267</sup> In den ersten beiden Jahren von Schwalbers Amtszeit wurden nur sieben staatliche Gebäude für Gymnasien wieder aufgebaut und Zuschüsse für vier von den Gemeinden gebaute gegeben.<sup>268</sup> Die Stagnation machte sich also vor allem beim Schulhausbau für die Gymnasien bemerkbar.<sup>269</sup>

Seiner persönlichen Intervention war es zu verdanken, dass eine von Dachauer Bürgern 1951 gegründete private Oberschule 1952 in einen Zweig der staatlichen Ludwigs-Oberrealschule umgewandelt wurde, die aber noch nicht über ein eigenes Gebäude verfügte.<sup>270</sup>

Auf den Vorwurf hin, er habe die Öffentlichkeit auf den dramatischen Raummangel im Bereich der Gymnasien nicht rechtzeitig hingewiesen und die Geldmittel mit Rücktrittsdrohung erzwingen sollen, antwortete Schwalber im Landtag: »Ich liebe theatrale Auftritte in der Politik nicht und kann mir nicht vorstellen, daß durch die Drohung des Kultusministers dem Finanzminister die fehlenden Millionen in die leere Kasse geflossen wären.«<sup>271</sup> Das Ausmaß des Ansturms auf die höheren Schulen sei nicht vorhersehbar gewesen. Man werde zwar um die Erweiterung des Schulhausbaus nicht herumkommen, doch müsse auch das Ausleseverfahren für die höheren Schulen noch »verfeinert«, das heißt auf gut deutsch verschärft werden. Grundsätzlich war er der Ansicht, es solle »[...] alles getan werden, um den ungesund starken Zugang zu den höheren Lehranstalten auf ein gesundes Maß herabzusetzen; strengste Auslese nach rein sachlichen Gesichtspunkten wird dauernd gefordert werden.«<sup>272</sup> Schwalber war sich allerdings bewusst, dass diese Eindämmungsversuche auf Dauer keine Lösung bringen und den Andrang nicht stoppen konnten. Seine rigorosen Auslesevorstellungen weichten offenbar im Laufe seiner Amtszeit auf. So wollte er, wie er am 12. Juni 1953 vor dem Senat sagte, auf die Überfüllung der höheren Schulen nicht mit einer Verschärfung der Prüfungsbedingungen reagieren. Falle ein Schüler in einer Aufnahmeprüfung durch, gelte dies für das ganze Land. Er glaube, »[...] es sei für einen jungen Menschen psychologisch deprimierend, um nicht zu sagen vernichtend, wenn er sozusagen schon am Beginn seines Lebens disqualifiziert wird. Ich möchte diesen Schritt am allerwenigsten tun; denn man kann einen Menschen, wenn er erst 10 und 11 Jahre alt ist, noch nicht dahingehend beurteilen, ob er das Zeug in sich hat, einmal eine höhere Schule mit Erfolg zu absolvieren, eine Hochschule zu besuchen und sich [...] dem geistigen Beruf zuzuwenden.«<sup>273</sup>

Schwalber hatte insbesondere kein Verständnis dafür, auch die Chancen für Mädchen zu verbessern. Höhere Knabenschulen wurden nicht für Mädchen geöffnet. Das höhere Mädchenschulwesen war nicht staatlich organisiert, sodass für Mädchen, die eine höhere Schule besuchen wollten, größtenteils Schulgeld bezahlt werden musste. In ganz Bayern bestanden nur zwei staatliche höhere Mädchenschulen. Schwalber teilte hier die erkonservative Mentalität seines Vorgängers, der eine

Gleichheit der Geschlechter im Bildungswesen prinzipiell ablehnte.<sup>274</sup>

Ein vom Landtag abgelehnter Antrag der SPD-Abgeordneten Rosa Hillebrand vom 7. September 1951, im Sinne des Gleichberechtigungsgedankens des Grundgesetzes, die Zugangsmöglichkeiten von Frauen in den Gymnasiallehrerberuf zu verbessern, zeigt allerdings, dass Schwalber weniger fundamentalistisch orientiert war als sein Vorgänger Hundhammer. Hundhammer benutzte die Debatte zu einer grundsätzlichen Ausführung: »Wo das Gesetz in Widerspruch mit einer Norm steht, die auf göttlichem Gesetz beruht, liegt das entscheidende Gewicht beim göttlichen Gesetz. Ich glaube, Sie kennen und respektieren mit mir das Wort, das der Herr der Schöpfung gesprochen hat: Er soll Dein Herr sein! Die Frau soll die Gehilfin des Mannes sein. Das ist eine Norm, die auch durch irdische Gesetze nicht aus der Welt geschafft werden kann.«<sup>275</sup> Der Gleichberechtigungsgedanke sei »heidnisch.« Schwalber behauptete dagegen, es sei ohnehin Praxis des Kultusministeriums, Frauen ausreichend zu berücksichtigen.<sup>276</sup> Grundsätzlich habe er für den Antrag sogar Sympathie.

Die einzige grundlegende Neuerung Schwalbers im Gymnasialbereich war die Wiedereinführung des von den Nationalsozialisten abgeschafften 9. Schuljahres.<sup>277</sup> Für seine Idee, die Möglichkeit eines ersten Gymnasialabschlusses nach sechs Jahren anzubieten, fand Schwalber bei der CSU-Fraktion jedoch kein Verständnis und musste daher darauf verzichten.<sup>278</sup>

Neu waren auch die Einführung des Fachs Sozialkunde und die stärkere Betonung der bayerischen Geschichte im Geschichtsunterricht.<sup>279</sup> Zu diesem Zweck sollte das 1952 erschienene Lehrbuch von Professor Dr. Karl Bosl verwendet werden.<sup>280</sup> Als der Leiter der Oberrealschule in Schwabach die Fachlehrer zu einer Stellungnahme aufforderte, lehnten diese seine Verwendung ab. Überhaupt waren sie der Meinung, ein »[...] extremer Partikularismus, wie er jetzt bei der Forderung nach stärkerer Betonung der bayerischen Geschichte zu Wort komme, sei [...] abzulehnen.«<sup>281</sup> Der Schulleiter meldete dies an das Ministerium weiter, ohne die Lehrer vorzuwarnen. Daraufhin erhielten sie mit Schwalbers Zustimmung einen Eintrag in die Personalakte, in dem ihr Verhalten scharf missbilligt wurde.<sup>282</sup>

Als Hundhammer Schwalber auf ein Gutachten im Bayerischen Schulbuchverlag erschienenen Biologiebuch des berühmten Zoologen von Frisch aufmerksam machte, das ihm wegen seiner Akzeptanz der Evolutionslehre verdächtig schien, ließ Schwalber Gegengutachten erstellen, darunter das eines Geistlichen, die sehr positiv ausfielen.<sup>283</sup> Schwalber war also keineswegs eine allzeit willige Marionette seines Vorgängers.

Besonders am Herzen lagen ihm die Privaten, insbesondere die Klosterschulen:<sup>284</sup> »Im Bereich der höheren Schule ist für unser Land die starke Stellung der Privatschulen kennzeichnend. Ich bin stolz darauf: einmal weil ich außerhalb der allgemeinen Pflichtschule jedes staatliche Schul- und Erziehungsmonopol ablehne. [...] Zum andern, weil in diesen Privatschulen die jahrhundertealte Tradition der Kirchen, die Bayerns Schulen begründet und großgemacht haben, auch für die Gegenwart erhalten und großgemacht haben, auch für die Gegenwart erhalten und nutzbar gemacht wird und drittens weil nahezu alle pädagogischen Fortschritte aus Privatschulen hervorgegangen sind. Das ist kein Urteil gegen die Staatsschule.«<sup>285</sup>

Nach Norbert Lehnings grundlegendem Werk zur Geschichte der Gymnasien in Bayern nach 1945 hatte Schwalber im Bereich des staatlichen höheren Schulwesens bestenfalls »oberflächliche Erfolge« aufzuweisen.<sup>286</sup>

## Universität

Beim Wiederaufbau der Ludwig-Maximilians-Universität stand zunächst der des Münchner Hauptgebäudes im Vordergrund. Er war sehr akut, denn im Sommer 1951 drohte die Fassade einzustürzen.<sup>287</sup> Daneben galt die Hauptsorge den Universitätsklinikern.<sup>288</sup> Hier ging man zuerst an den zusätzlichen Grunderwerb. Schwalber schwebte ein großzügig saniertes und modernisiertes Altstadt-Klinikum vor. Dagegen wollten die Universitätsprofessoren und Mediziner ein völlig neues am Stadtrand. Langfristig setzten sie sich durch und erreichten später den Bau des Klinikums Großhadern.<sup>289</sup> Zu Schwalbers Amtszeit blieb es in erster Linie bei Planungen.<sup>290</sup>

Bei den Universitäten sparte der Staat nicht an Investitionen.<sup>291</sup> 1950 betrug die Mittel für den Betrieb der Hochschulen 23,2 Millionen DM, 1954 bereits 42 Millionen DM. Von 1948 bis 1954 gingen 102,5 Millionen DM an die drei bayerischen Universitäten in München, Würzburg und Erlangen und die Technische Hochschule München, das waren 60 % der gesamten Bauausgaben im Kultusbereich.<sup>292</sup>

Für die Universität bemühte sich Schwalber auch um hervorragende Kräfte. So machte er sich für die Berufung Adolf Butenands stark und verhandelte auch mit Werner Heisenberg.<sup>293</sup> Ein Konflikt brach über die Berufung des Wiener Kunsthistorikers Hans Sedlmayr aus, der in Wien wegen seiner NSDAP-Zugehörigkeit seinen Lehrstuhl verloren hatte. Die Abgeordnete Rosa Hillebrand von der SPD richtete am 16. Mai 1951 im Landtag an Schwalber die Anfrage, ob es richtig sei, dass Sedlmayr ein Förderer der nationalsozialistischen Weltanschauung gewesen sei. Schwalber verwies darauf, dass dieser in einem einstimmigen Fakultätsbeschluss an die Spitze der Berufsliste gestellt worden sei. Er sei der fachlich am besten qualifizierte und der wissenschaftlichen Tradition des Lehrstuhls am meisten entsprechende Bewerber gewesen. Auch alle anderen, die auf der Berufsliste gestanden hätten, seien Mitglieder der NSDAP gewesen. Sedlmayr habe zwar in Veröffentlichungen einige Verneigungen vor Hitler gemacht, die aber nicht so belastend wären, dass man ihn nicht hätte berufen können.<sup>294</sup> Sedlmayr war von seinem religiösen Standpunkt aus sehr kritisch gegen die moderne Kunst eingestellt. Dies passte natürlich auch zum Weltbild der CSU-Politiker. Schwalber hatte sich hier über den Einspruch seines Staatssekretärs genauso hinweggesetzt, wie er dessen Warnung vor dem im Sommer 1951 neugewählten Rektor der Universität, dem Theologen und Geistlichen Michael Schmaus, ignorierte.<sup>295</sup> Schmaus, einer der Lehrer des heutigen Papstes, hatte wegen einer Schrift von 1933 ein Spruchkammerverfahren durchlaufen, war aber entlastet worden. Er hatte in der genannten Schrift den Brückenbau zwischen Kirche und Staat im Zeichen von Kreuz und Hakenkreuz begrüßt.<sup>296</sup> Schmaus war Bundesbruder Schwalbers in der Münchner katholischen Studentenverbindung »Rhaetia«.

Bei Berufungen an die Universität hatte der Minister das letzte Wort.<sup>297</sup> Er machte aber sehr selten gegen die Entscheidung der Universitäten davon Gebrauch.

Alois Hundhammer hatte als Minister an eine mögliche vierte Universität gedacht, entweder in Regensburg oder in Regensburg und Bamberg als Doppeluniversität.<sup>298</sup> Er hatte allerdings damit auf protestantischer Seite den Verdacht erregt, er wolle eine katholische Hochschule als Gegengewicht zur evangelisch verwurzelten Universität Erlangen aufziehen. Hundhammer hatte in dieser Frage eine Abstimmungsniederlage erlitten. Schwalber wollte an das Problem von vornherein nicht herangehen. Er äußerte im Juli 1952 vor der Landtagsfraktion der

CSU schwerste Bedenken, weil für eine vierte Universität die Mittel für die schon bestehenden Universitäten gekürzt werden müssten und diese nicht so ausgebaut werden könnten, dass sie an einem internationalen Maßstab gemessen könnten.<sup>299</sup> Auch Ministerpräsident Ehard war der Ansicht, die Mittel reichten nicht für eine volle zusätzliche Universität aus.<sup>300</sup> Vor dem Landtag sagte Schwalber am 8. Oktober 1952: »Wenn eine der bestehenden bayerischen Universitäten unter den europäischen und die anderen unter den deutschen wieder den Rang einnehmen sollten, den sie einst hatten, dann sind viele weitere Millionen notwendig zur Modernisierung, zur Errichtung von Lehrstühlen, zur Schaffung von Dozenturen und dergleichen mehr. Drei Universitäten sind für unser steuerschwaches Land auf unabschbare Zeit das Höchstmaß dessen, was getragen und instandgehalten werden kann.«<sup>301</sup> Er sei sich bewusst, Freunden und der Bevölkerung der Gegend eine Enttäuschung zu bereiten. Neben Schwalber sah man in Fraktion und Öffentlichkeit vor allem den obersten Beamten des Kultusministeriums, Staatsrat Meinzolt, als Saboteur einer Universität Bamberg-Regensburg an. Meinzolt war evangelisch, was den Verdacht wohl genährt hatte.<sup>302</sup>

## Residenztheater

Ein problematisches Erbe hatten Minister Hundhammer und sein Staatssekretär Sattler Schwalber mit dem Residenztheaterneubau hinterlassen. 1948 hatte man damit ohne einen festen Kostenvoranschlag begonnen.<sup>303</sup> 1949 lag er dann vor. 1950 wollte man auch die Nebengebäude neu aufbauen und schätzte die Gesamtkosten auf 7 395 000 DM. Dieser Voranschlag der Obersten Baubehörde griff jedoch zu tief. Schon im Herbst 1950 war klar, dass der Betrag unmöglich ausreichen konnte. Da man möglichst schnell fertig werden wollte und die Öffentlichkeit dies auch erwartete, ließ Sattler die Vorschriften des Haushaltsrechts außer Acht. Am 27. Februar 1951 stellte sich dann heraus, dass man die Kosten um 4,1 Millionen DM überschritten hatte. Das Ministerium ließ sofort die Arbeiten einstellen, doch konnten inzwischen im Theater schon Aufführungen stattfinden. Der Oberste Rechnungshof bescheinigte dem Ministerium am 22. Mai 1951, dass die Überschreitungen im Rahmen des Vertretbaren lagen. Dies änderte allerdings nichts daran, dass Sattler den Landtag übergangen hatte. Schwalber bescheinigte ihm jedoch, dass er geglaubt habe, es handle sich nur um 900 000 DM, während die Oberste Baubehörde ihm verschwiegen hatte, dass es tatsächlich über vier Millionen waren.<sup>304</sup> Vor der Landtagsfraktion konnte Schwalber überdies darauf hinweisen, dass auch die SPD-Abgeordneten für den schnellen Bau gewesen waren.<sup>305</sup> Vor dem Landtag verteidigte Schwalber dann das Verhalten Sattlers.<sup>306</sup> Die SPD reagierte harsch. Ihr Abgeordneter Herbert Hauffe stellte die Frage: »Sollen wir uns als Abgeordnete in Zukunft weiterhin von der Exekutive in einer derartigen Art lächerlich machen lassen oder nicht?«<sup>307</sup> Schwalber versicherte seinerseits, die verantwortlichen Beamten würden zur Rechenschaft gezogen.<sup>308</sup> Doch habe der Staat letztlich bei der ganzen Sache keinen Schaden erlitten. Auch die gerade erst am Anfang stehende Koalition mit der SPD geriet durch den Fall nicht ins Wanken. Am 22. Juni 1951 bescheinigte Schwalber schließlich Sattler vor dem Landtag, er habe nicht vorsätzlich das Gesetz verletzt. Auch strafrechtlich zu ahndende Verfehlungen lägen nicht vor. Das Innenministerium habe eine Untersuchungskommission eingesetzt, die feststellen werde, ob möglicherweise ein Dienststrafverfahren gegen die beteiligten Beamten eingeleitet werde.<sup>309</sup> In Zukunft werde man solche Bauvorhaben nur noch nach geprüften Kostenvorschlägen

unternehmen. Triumphierend verkündete am 30. September 1953 der CSU-Abgeordnete Dr. Karl Lenz vor der Fraktion, die Opposition habe nicht erreicht, was sie gewollt habe. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss habe keine Unterschlagung oder Beamtenbestechung nachweisen können.<sup>310</sup> Zwar sei der Etat überschritten, aber keine strafbare Handlung begangen worden. Schwalber betonte, man habe inzwischen gelernt, von vornherein so zu kalkulieren, sodass nichts Ähnliches mehr passieren könne.

Ende 1952 gelang es ihm, zum Intendanten des Bayerischen Staatsschauspiels den 1933 in die Schweiz emigrierten Schauspieler und Theaterregisseur Kurt Horwitz zu berufen, nachdem der von Hundhammer favorisierte bayerisch-katholisch orientierte Alois Johannes Lippl, den er Heinz Hilpert vorgezogen hatte, ausgeschieden war.<sup>311</sup> Auch hier hatte Schwalber ein Gespür für Qualität gezeigt.

Grundsätzlich wusste er, dass gerade der Umgang mit Künstlern schwierig war: »Im Bereich der Kulturpflege ist es unvermeidbar, dass man Meinungsverschiedenheiten und Angriffen ausgesetzt ist. Das war seit hundert Jahren so und wird es auch in Zukunft bleiben. Der Verkehr mit Primadonnen erregt immer Aufsehen in der Öffentlichkeit und manchmal auch Anstoß, aber er ist, wie Sie wohl auch empfunden haben, nicht ganz ohne Reiz.«<sup>312</sup>

Schwalber hatte auch aus Hundhammers Vorgehen im Fall »Abraxas« gelernt. Auf dessen Intervention verschwand das im Juni 1948 erfolgreich aufgeführte Ballett mit der Musik von Werner Egk im Herbst vom Spielplan. Anlass war eine Intervention des Weihbischofs Johannes Neuhäusler gewesen, der wiederum auf die Denunziation zweier Ballettdamen, das Stück sei unmoralisch, agiert hatte.<sup>313</sup> Egk seinerseits hatte dafür gesorgt, dass Hundhammers Verhalten zum öffentlichen Skandal wurde. Hundhammer hatte in seinem Sittlichkeitswahn Bayern vor der Weltöffentlichkeit zum Gespött gemacht. Erst Schwalber legte den darüber auch mit Egk entstandenen Konflikt geräuschlos bei.<sup>314</sup>

Am 22. Januar 1951 beriet der Ministerrat wegen des im Residenztheater aufgeführten Stücks »Das große ABC« (französisch »Topaze«) von Marcel Pagnol. Diese zynische Boulevardkomödie, die idealistisches Verhalten als Dummheit und Folge von Manipulation durch die Mächtigen hinstellt und eine Gesellschaft zeichnet, in der in Wirklichkeit nur die Macht des Geldes zählt, erregte den Unmut des gesamten Kabinetts mit den SPD-Ministern Dr. Wilhelm Hoegner und Dr. Richard Oechsle an der Spitze. Hoegner nannte das Stück »ausserordentlich gefährlich«. Schwalber antwortete, er könne zwar verlangen, dass es vom Spielplan abgesetzt werde, dann werde aber ein zweiter Fall »Abraxas« entstehen. Nur bei einer Unterstützung des gesamten Kabinetts und der Koalitionsparteien sei er dazu bereit.<sup>315</sup> Ministerpräsident Ehard schlug vor, man solle das Stück möglichst bald unauffällig wieder verschwinden lassen. In diesem Sinn entschied sich der Ministerrat.

#### Nationaltheater

An einen Wiederaufbau des zerstörten Nationaltheaters war zu Schwalbers Zeit als Minister nicht zu denken, vor allem, da schon sehr viel Geld für das Residenztheater aufgewendet worden war. Man musste für Operaufführungen auf das unzerstörte Prinzregententheater ausweichen.

Am 6. November 1951 klagte Ministerpräsident Ehard, es sei sehr bedauerlich, dass die Bayerische Staatsoper weder einen Intendanten noch einen Generalmusikdirektor habe. Es sei der Eindruck entstanden, dass der bisherige Generalmusikdirektor Georg Solti nur mit Frankfurt einen Vertrag abgeschlossen habe,

da das Kultusministerium auf seine Anfragen nicht reagiert habe. Schwalber wies diesen Vorwurf zurück. Solti habe sich schon lange gebunden und Frankfurt denke nicht daran, ihn aus seinem Vertrag zu entlassen.<sup>316</sup> Schwalber gab an, er stehe wegen des neuen Chefdirigenten noch in Verhandlungen. Solti seinerseits stellte allerdings fest, Schwalber habe eine Antwort auf sein Schreiben ewig hinausgezögert und er habe erfahren, dass auch mit anderen Dirigenten verhandelt worden sei. Darauf habe er den Schluss gezogen, das Ministerium sei an seiner Tätigkeit nicht weiter interessiert und das Frankfurter Angebot angenommen.<sup>317</sup> Nachfolger Soltis als Generalmusikdirektor wurde dann Rudolf Kempe.

Schon im Juli 1951 war bekannt geworden, Staatssekretär Brenner trete für Rudolf Hartmann ein. Dies brachte Schwalber eine erregte Zuschrift aus Nürnberg ein: »Das kann doch nicht sein, daß der Regisseur Hitlers, dem Hitler den Professorentitel gab, gegen den als Rector ein Disziplinarverfahren lief, wieder nach München berufen wird. [...]«<sup>318</sup> Schwalber, der in dieser Frage mit seinem Staatssekretär an einem Strang zog, ließ sich davon nicht beirren. Hartmann wurde als Generalintendant engagiert.

Den für den Wiederaufbau der Oper gegründeten Verein der Freunde des Nationaltheaters wollte Schwalber nicht unterstützen, da der Staat keine Kontrollmöglichkeiten über ihn hatte.<sup>319</sup> Treibende Kraft war hier der Ministerialrat Dr. Walter Keim.<sup>320</sup> Als der Freundeskreis die Initiative für einen Architektenwettbewerb ergriff, erblickte Keim darin einen Eingriff in die Hoheitsdomäne des Ministeriums und kündigte seinen »schärfsten Widerstand« dagegen an.<sup>321</sup> Keim selbst unternahm aber auch nichts. Hier war die Angst, wieder in ein finanzielles Debakel wie beim Residenztheater zu geraten, ausschlaggebend. Keim war nach Darstellung des »Spiegel« einer der Männer im Ministerium, die dank Hundhammer eine Blitzkarriere gemacht hatten. Er sabotierte sogar die Entgegennahme von Spenden des Freundeskreises. Dieser wandte sich darauf an den der SPD angehörenden Finanzminister Zietsch, der sofort zugriff. Acht Tage später erklärte Schwalber, ihm sei niemals ein Pfennig von den Freunden des Nationaltheaters angeboten worden und sein Ministerium werde sich natürlich nicht weigern, Geld anzunehmen.<sup>322</sup> Schließlich erklärte er dem Verein wie sein Referent, er fürchte, durch dessen Aktivitäten zu schnell in ein neues, sehr kostspieliges Theaterbau-Unternehmen verstrickt zu werden. Keim hatte schon am 7. Juni 1952 gegenüber den Sprechern des Freundeskreises gesagt, er habe Bedenken, dass durch die Aktivitäten des Vereins der Wiederaufbau des Nationaltheaters allzu stark forciert werden könne. Das Ministerium sei schon durch den Wiederaufbau des Residenztheaters in eine schwierige Lage gekommen. Zudem müssten auch andere Kulturbauten wiederhergestellt werden. Die angebotene Hilfe könne nicht die Entscheidung des Ministers in der ganzen Frage präjudizieren.<sup>323</sup> Am 29. Juli 1953 vermerkte er, er habe erfahren, dass der »Spiegel« in nächster Zeit einen Artikel bringen wolle. Tags zuvor hatte er den Verfasser, Claus Hard, gesprochen und versucht, ihn in seinem Sinn zu beeinflussen. Es müssten erst noch Stellungnahmen von Fachleuten eingeholt werden, bevor eine Entscheidung des Baukunstsausschusses fallen könne. Ein Notdach für die Ruine sei unwirtschaftlich, für ein endgültiges Dach reichten jedoch die Mittel der Tombola nicht.<sup>324</sup> Es gelang Keim aber nicht, den »Spiegel«-Artikel, der am 13. August erschien, in seinem Sinn zu beeinflussen.

Nach dem Eindruck des »Spiegel« war Schwalber entschlossen, nichts zu unternehmen, solange noch Kliniken und Schulen in München in einem erbärmlichen Zustand waren. Erst am

7. August 1953 hatte sich Schwalber dazu herbeigelassen, einen weiteren Scheck von den Freunden des Nationaltheaters entgegenzunehmen. Es ist schwer zu entscheiden, ob er hier ein Opfer seines Apparats war oder ob sein ungeschicktes Verhalten ganz auf sein Konto zu buchen war. Keim bemerkte drohend, er habe den Verein der Freunde des Nationaltheaters auf die Folgen des Schrittes beim »Spiegel« aufmerksam gemacht, denn es sei ihm bekannt, dass dieser einseitiges Material dafür geliefert habe.<sup>325</sup> Keim beharrte weiter auf dem Standpunkt, nichts zu unternehmen, solange noch der Untersuchungsausschuss wegen der Residenztheaterfrage tagte und andere Bauvorhaben dringender seien.<sup>326</sup>

#### Alte Pinakothek

1952 konnte mit dem Wiederaufbau der Alten Pinakothek begonnen werden. Im März 1953 stand dann die Ernennung eines neuen Generaldirektors der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen an. In Aussicht genommen war Ernst Buchner, der dieses Amt schon 1933 bis 1945 innegehabt hatte und deshalb umstritten war. Hierzu war bereits eine Interpellation der FDP angekündigt. Buchner war Mitglied in Alfred Rosenbergs »Kampfbund für deutsche Kultur« gewesen und hatte angeblich die Gestapo bei der Beschlagnahmung jüdischer Kunstgüter unterstützt.<sup>327</sup> Außerdem hatte er umstrittene Verkäufe von Bildern getätigt. Auch der Abtransport des Genter Altars war unter seiner Leitung organisiert worden.<sup>328</sup> Nach Schwalbers Angaben war aber nichts wirklich Belastendes gegen ihn gefunden worden.<sup>329</sup> Auch Brenner unterstützte Buchners Berufung. Schwalber hob als dessen besonderes Verdienst hervor, dass dank Buchner der gesamte Bestand der Alten Pinakothek gerettet worden sei.<sup>330</sup> Der Minister verteidigte die Berufung auch vor dem Landtag, wo nur die Verkäufe eine Rolle spielten.<sup>331</sup> Am 22. Juli 1952 stand im Ministerrat ein Ersuchen amerikanischer Museen auf der Tagesordnung, Gemälde der Alten Pinakothek für eine Ausstellung in den USA zur Verfügung zu stellen.<sup>332</sup> Schwalber äußerte wegen des Transportrisikos große Bedenken. Sozialminister Oechsle warnte zusätzlich, dass möglicherweise Personen, die Forderungen gegen den deutschen Staat hätten, Ansprüche auf die Bilder stellen könnten. Der Ministerrat lehnte es daher ab, die Bilder auszuleihen. Da jedoch die Amerikaner auf diplomatischem Weg vorstellig wurden, war Ministerpräsident Ehard schließlich dafür, ihnen entgegenzukommen.<sup>333</sup> Die Bayernpartei brachte wegen des Falls schließlich eine Interpellation ein, in der ebenfalls die konservatorischen und rechtlichen Bedenken vorgebracht wurden.<sup>334</sup> Schwalber antwortete, dass noch nicht entschieden sei. Er bezeichnete die konservatorischen Risiken als kalkulierbar. Doch habe der Ministerrat nur unter der Bedingung zugestimmt, dass rechtlich ausreichender Schutz vorhanden sei. Genau dies war aber nicht realisierbar.<sup>335</sup> Der Landtag lehnte schließlich die Verleihung der Bilder mehrheitlich ab. Am 2. Februar 1954 berichtete Ministerpräsident Ehard dem Kabinett von einer ungünstigen Aufnahme des Landtagsbeschlusses in den USA. Da aber mit einer Änderung der Haltung des Landtags nicht zu rechnen war, beschloss der Ministerrat, auf die Frage nicht mehr zurückzukommen.<sup>336</sup> Neben der Alten Pinakothek war 1952 auch die Bayerische Staatsbibliothek soweit wiederhergestellt, dass das Hauptgebäude wieder in Betrieb genommen werden konnte.<sup>337</sup>

(Fortsetzung folgt)

#### Anmerkungen:

<sup>327</sup> Zu dieser Eigenschaft Hundhammers auch Müller (1995) 33.

<sup>328</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF 15. 12. 1950; Norbert Lehning: Bayerns Weg in die Bildungsgesellschaft. Das Höhere Schulwesen im Freistaat Bayern

zwischen Tradition und Expansion 1949/50–1972/73 (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 153/1). Bd. I und II. München 2006, hier Bd. I, S. 287f.; Winfried Müller: Das Schulwesen von 1950 bis 1964. In: Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens. Hrsg. v. Max Liedtke. Bd. 3. Bad Heilbrunn 1997, S. 691–746, hier S. 699–710.

<sup>329</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 19. 12. 1950. Schwalber schrieb am 10. 4. 1956 den Armen Schulschwestern in Dachau, in ihrer Hauskapelle sei die Entscheidung über die Führung des Kultusministeriums getroffen worden. BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Schwalber an Arme Schulschwestern Dachau, 10. 4. 1956.

<sup>330</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 12, Sonntagspost vom 29. 9. 1954 mit Anmerkungen Schwalbers.

<sup>331</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF 3. 1. 1951; dazu auch: Lehning Bd. I 289f.

<sup>332</sup> Brenner war Professor für Anglistik. Zu ihm Jürgen Sandweg: »My way Jürgen Sandweg/Gertraud Lehmann (Hrsg.): Hinter unzerstörten Fassaden. Erlangen 1945–1955, Erlangen 1996, S. 369–396. to academic democracy« Von Blumen-, Frucht- und Dornenstücken auf dem Weg des Rektors Brenner. In: Jürgen Sandweg/Gertraud Lehmann (Hrsg.): Hinter unzerstörten Fassaden. Erlangen 1945–1955, Erlangen 1996, S. 369–396.

<sup>333</sup> Dachauer Nachrichten vom 5. /6. 1. 1951.

<sup>334</sup> Münchener Katholische Kirchenzeitung vom 16. 3. 1952, Nr. 11.

<sup>335</sup> Rede vor dem Landesausschuss der Christlich-Sozialen Union in Würzburg am 15. 4. 1951. In: Christliche Kulturpolitik. Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber. Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, München 1952, S. 9–26, hier S. 13. Zu Schwalbers Schulpolitik; Lehning Bd. I 290–326.

<sup>336</sup> Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber 14.

<sup>337</sup> Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber 13.

<sup>338</sup> Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber 16. Zu dieser Alternative auch Schwalber vor der Fraktion, Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 10. 12. 1952.

<sup>339</sup> Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber 20f.

<sup>340</sup> Oliver Braun: Alois Hundhammer, Konservative Existenz in der Moderne. Das politische Weltbild Alois Hundhammers (1900–1974) (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 7). München 2006, S. 349–380.

<sup>341</sup> BayHStA, Nachlass Böck 168. Karl Böck: Mein Dienst im Kultusministerium, S. 4. 7. Ich danke Herrn Ministerialdirektor a. D. Dr. Böck für die Genehmigung zur Einsicht in die Unterlagen in der Nachlassabteilung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und für seine kritischen Hinweise.

<sup>342</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. I. Tagung 1950/51. Bd. I. München 1951. S. 598f., 27. 4. 1951.

<sup>343</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1950/51 Bd. I 605f.

<sup>344</sup> IfZ, ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 369, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 18. 9. 1951. Da die Bayerische Staatskanzlei nur die Genehmigung für die Einsicht in die Protokolle von 1951 und 1952 erteilt hat, obwohl ihr bekannt ist, dass die Protokolle bis einschließlich 1954 längst für die Edition und den Druck durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften freigegeben sind, wird hier der Einheitlichkeit halber nicht nach dem Exemplar im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, sondern nach den identischen Exemplaren im Nachlass Hoegner zitiert.

<sup>345</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1953/54. Bd. VI. München 1954, S. 1300, Schwalber am 19. 5. 1954.

<sup>346</sup> IfZ, ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 379, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 9. 2. 1954.

<sup>347</sup> IfZ, ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 379, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 17. 2. 1954.

<sup>348</sup> Michael Schneider, Lehrerbesoldung. In: Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens. Hrsg. v. Max Liedtke. Bd. IV, Bad Heilbrunn 1997, S. 531–568, hier S. 561f.

<sup>349</sup> Gelberg (2003) 813.

<sup>350</sup> Lehning Bd. I 32

<sup>351</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1953/54 Bd. VI 1743f., 15. 7. 1953.

<sup>352</sup> Lehning Bd. I 332.

<sup>353</sup> Lehning Bd. I, 326, 332f.

<sup>354</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 1. 12. 1953.

<sup>355</sup> Winfried Müller/Ingo Schröder/Markus Mößlang: Das bayerische Bildungssystem 1950 bis 1979. In: Bayern im Bund. Bd. 1, Die Erschließung des Landes. Hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 52). München 2001, S. 273–356, hier S. 311; Müller (1993) 704.

<sup>356</sup> Die Entwicklung des bayerischen Schulwesens von 1945/46 bis 1959/60 (Beiträge zur Statistik Bayerns, Bd. 216). München 1960, S. 76f.

<sup>357</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags, IV. Tagung 1953/54 Bd. VI 1299f.

<sup>358</sup> CSU-Correspondenz vom 9. 10. 1954, 6. Jahrgang, Nr. 3.

<sup>359</sup> Schulhausbauten in Bayern 1945–1954. Hrsg. v. Josef Schwalber. München 1954.

<sup>360</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags, III. Tagung 1952/53. Bd. IV. München 1953, S. 1734.

<sup>361</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 50, Schwalber an Hübscher (Bayerische Staatszeitung), 11. 11. 1954.

<sup>362</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags, IV. Tagung 1953/54. Bd. VI, München 1954, S. 1299.

<sup>363</sup> Müller/Schröder/Mößlang 294f.

<sup>364</sup> IfZ Nachlass Hoegner ED 120, Bd. 369, Protokoll der Sitzung des Ministerrats

- vom 28. 8. 1951; Verhandlungen des Bayerischen Landtags. III. Tagung 1952/53 Bd. V 136f., Rede Schwalbers vom 15. 7. 1953 und Verhandlungen des Bayerischen Landtags IV. Tagung 1953/54 Bd. VI 1300, Rede Schwalbers vom 19. 5. 1954; Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber 94; *Gelberg* (2003) 815.
- <sup>255</sup> CSU–Correspondenz vom 9. 10. 1954, 6. Jahrgang, Nr. 3.
- <sup>256</sup> Verhandlungen des Bayerischen Senats. Bd. 4. 1950/51 1087; *Lehning* Bd. I 307–311.
- <sup>257</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 13. 7. 1953.
- <sup>258</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1953/54 Bd. VI 1298f., 19. 5. 1954.
- <sup>259</sup> Die Entwicklung des bayerischen Schulwesens 91, 96.
- <sup>260</sup> CSU–Correspondenz vom 9. 10. 1954, 6. Jahrgang, Nr. 3.
- <sup>261</sup> *Lehning* Bd. I 278.
- <sup>262</sup> *Lehning* Bd. I 294.
- <sup>263</sup> *Lehning* Bd. I 279–282.
- <sup>264</sup> Vgl. auch seine entsprechenden Ausführungen vor dem Bayerischen Senat: Verhandlungen des Bayerischen Senats, Bd. 4. 2. Tagungsperiode 1950/51 1086f., 14. 12. 1951
- <sup>265</sup> Die Entwicklung des bayerischen Schulwesens 100, 112; *Lehning* Bd. II 339–364.
- <sup>266</sup> *Lehning* Bd. II 1139.
- <sup>267</sup> *Lehning* Bd. II 1186.
- <sup>268</sup> BayHStA, MK 65614, Leistungsbericht für 1951 und 1952.
- <sup>269</sup> *Lehning* Bd. I 291.
- <sup>270</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 28, CSU–Stadttratsfraktion Dachau an Bürgermeister Dr. Reitmeier, 14. 11. 1968; Jahresbericht und Festschrift 2001/2002. 50 Jahre Josef-Effner–Gymnasium Dachau, S. 18. Den Sachaufwand trug die Stadt Dachau.
- <sup>271</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. III. Tagung 1952/53 Bd. IV, S. 1740, 15. 7. 1953.
- <sup>272</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 86, Überblick über die Leistungen, die Arbeit und die Pläne des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zum Jahreswechsel 1952/53; vgl. auch Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber 49–55, hier 51–53; Verhandlungen des Bayerischen Senats. Bd. 4. 1950/51 1086f., 14. 12. 1951.
- <sup>273</sup> Verhandlungen des Bayerischen Senats. Bd. 6. 3. Tagungsperiode 1952/53. München 1954, S. 609.
- <sup>274</sup> *Lehning* Bd. I 302f.
- <sup>275</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags II. Tagung 1951/52 Bd. II 193, 7. 9. 1951.
- <sup>276</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. 1951/52 Bd. II 97f., 7. 9. 1951.
- <sup>277</sup> *Lehning* Bd. I, S. 321–32; Reden und Aufsätze von Dr. Josef Schwalber 90–93.
- <sup>278</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Schwalber an Seydel (Münchner Merkur), 28. 8. 1957.
- <sup>279</sup> BayHStA, MK 65614. Leistungsbericht für 1951 und 1952.
- <sup>280</sup> Bosl war der Verfasser des 1. Bandes. *Karl Bosl*: Vorzeit und Mittelalter der Geschichte Bayerns. München 1952.
- <sup>281</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Niederschrift über die erste Fachsitzung der Geschichtslehrer an der Oberrealschule Schwabach, 16. 10. 1952.
- <sup>282</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Vormerkung vom 30. 1. 1953. Zu dem Fall auch das BayHStA, Nachlass Böck 61, Schreiben des Schulleiters an das Ministerium vom 3. 11. 1952; *Süddeutsche Zeitung* vom 28. /29. 4. 1956.
- <sup>283</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 88, Hundhammer an Schwalber, 10. 2. 1953 und Vormerkung vom 15. 7. 1953.
- <sup>284</sup> *Lehning* Bd. I 415f.
- <sup>285</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 86, Vortrag aus Anlass des Besuchs des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebiets vom 22. 2. 1954. Dazu auch Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte. III. Tagung 1952/53. Bd. V, München 1953, S. 1765f., 6. 7. 1953.
- <sup>286</sup> *Lehning* Bd. I 326.
- <sup>287</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 29. 5. 1951.
- <sup>288</sup> BayHStA Nachlass Schwalber 8, Manuskript zur Kulturpolitik (ohne Verfasser) 1952; Verhandlungen des Bayerischen Landtags. III. Tagung 1952/53 Bd. V 960, 17. 3. 1953 und Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1953/54 Bd. VI 239, 24. 11. 1953.
- <sup>289</sup> *Abendzeitung* vom 16. /17. 7. 1966.
- <sup>290</sup> BayHStA, MK 65614, Leistungsbericht für 1951 und 1952.
- <sup>291</sup> CSU–Correspondenz vom 9. 10. 1954, 6. Jahrgang, Nr. 3; s. a. BayHStA, Nachlass von Elmenau 102, Stichworte für eine Rede zur Bedeutung Bayerns als Hochschulland, verfasst von Johannes von Elmenau.
- <sup>292</sup> Schwalber in der CSU–Correspondenz vom 9. 10. 1954, 6. Jg., Nr. 3; *Müller/Schröder/Möblang* 332.
- <sup>293</sup> *Abendzeitung* vom 21. 12. 1954; *Helmut Trischler*: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. In: Bayern im Bund. Bd. 3. Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973. Hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Wöller (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 54). München 2004, S. 117–194, hier S. 187–191.
- <sup>294</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. II. Tagung 1951/52 Bd. I 616f., 16. 5. 1951.
- <sup>295</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 88, Brenner an Schwalber, 13. 7. 1951.
- <sup>296</sup> *Georg Denzler/Volker Fabricius*: Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente. Frankfurt am Main 1993, S. 68.
- <sup>297</sup> BayHStA, Nachlass von Elmenau 102, Stichworte für eine Rede zur Bedeutung Bayerns als Hochschulland, verfasst von Johannes von Elmenau.
- <sup>298</sup> *Braun* (2006) 350; *Lehning* Bd. I 284f.; *Müller/Schröder/Möblang* 320f.
- <sup>299</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 9. 7. 1952.
- <sup>300</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 9. 7. 1952.
- <sup>301</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. III. Tagung 1952/53. Bd. IV 160f. Er hielt an dem Standpunkt auch weiter fest. Verhandlungen des Bayerischen Senats. Bd. 7. 4. Tagungsperiode 1954/55. München 1955, S. 121, 2. 4. 1954; vgl. auch die Debatte in der Fraktionsitzung, Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF 6. 10. 1952 und IfZ, ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 374, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 7. 10. 1952.
- <sup>302</sup> So ein Kommentar im Bayerischen Rundfunk von Ottmar Katz, BayHStA, Nachlass Ehard 1345, 4. Oktober 1952. Zu Meinholz: *Lehning* Bd. I 285f.
- <sup>303</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 102, Schwalber an Ehard, 18. 6. 1951; IfZ, ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 368, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 19. 6. 1951.
- <sup>304</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 368, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 5. 6. 1951.
- <sup>305</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 6. 6. 1951.
- <sup>306</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Tagung 1951/52 Bd. I 645–648, 17. 5. 1951.
- <sup>307</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. II. Tagung 1951/52 Bd. I 649, 17. 5. 1951.
- <sup>308</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. II. Tagung 1951/52 Bd. I 658.
- <sup>309</sup> Schwalber am 22. 6. 1951, Verhandlungen des Bayerischen Landtags. I. Tagung 1951/52 Bd. I 984f., 17. 5. 1951.
- <sup>310</sup> Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LTF, 30. 9. 1953.
- <sup>311</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte III. Tagung 1952/53 Bd. IV 1746, 15. 7. 1953; *Stoll* 212.
- <sup>312</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Schwalber an von Elmenau, 10. 1. 1955.
- <sup>313</sup> *Stoll* 218–224.
- <sup>314</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Darstellung zu Schwalber 1952.
- <sup>315</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 371, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 22. 1. 1952.
- <sup>316</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 370, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 6. 11. 1952.
- <sup>317</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 101, Vormerkung Soltis vom 22. 2. 1952.
- <sup>318</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 101, Dr. Heinz St. an Schwalber, 5. 7. 1951.
- <sup>319</sup> IfZ, ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 371, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 5. 2. 1952.
- <sup>320</sup> Zu ihm: Das Kabinett Ehard I LVI, Anm. 205.
- <sup>321</sup> *Der Spiegel* vom 19. August 1953, S. 30f.
- <sup>322</sup> Die vom »Spiegel« erwähnte Äußerung vor dem Bayerischen Senat findet sich nicht in den gedruckten Senatsprotokollen.
- <sup>323</sup> BayHStA, MK 50268, Vormerkung Keims vom 7. 6. 1952.
- <sup>324</sup> BayHStA, MK 50269, Vormerkung Keims vom 29. 7. 1953.
- <sup>325</sup> BayHStA, MK 50269, Vormerkung Keims vom 19. 10. 1953.
- <sup>326</sup> BayHStA, MK 50270/I, Vormerkung Keims vom 1. 3. 1954.
- <sup>327</sup> *Ernst Klee*: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main 2007, S. 86. Zu den Vorwürfen gegen Buchner: BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Nachrichten des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 23. 11. 1956.
- <sup>328</sup> Bei Kriegsausbruch hatte die belgische Regierung ein Angebot der französischen Museumsbehörde angenommen und den Altar in einem Lager in Pau in den Pyrenäen untergebracht. Buchner reiste nach der Niederlage Frankreichs mit einem Sonderauftrag nach Paris. Hitler wollte den Altar für sein geplantes Linzer Museum haben. Der Minister der Regierung von Vichy, Pierre Laval, genehmigte am 3. August 1942 die Auslieferung des Genter Altars. Buchner fuhr nach Pau und ließ ihn nach Deutschland schaffen, wo er zur Sicherheit gegen Luftangriffe im Schloss Neuschwanstein gelagert wurde. Von dort wurde er dann in ein Salzbergwerk in Alt-Aussee verbracht. *Günther Haase*: Die Kunstsammlung Adolf Hitler, Berlin 2002, S. 60–63.
- <sup>329</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 375, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 16. 3. 1953.
- <sup>330</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 375, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 24. 3. 1953. Zu Buchners Berufung auch: BayHStA MK 50859, Vormerkung vom 27. 2. 1953.
- <sup>331</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte III. Tagung 1952/53 Bd. V 965, 17. 3. 1953.
- <sup>332</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 373, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 22. 7. 1952.
- <sup>333</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 374, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 18. 11. 1952.
- <sup>334</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. III. Tagung 1952/53 Bd. V 1059 bis 1062, Dr. Lippert am 18. 3. 1953. Lippert verwies darauf, dass schon 1936 ein Anleihegläubiger ein Bild von Stephan Lochner aus dem Wallraf-Richartz-Museum, das in Amerika ausgestellt war, mit Arrest belegt hatte. Es war nur mit Mühe wieder freizubekommen gewesen.
- <sup>335</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte III. Tagung 1952/53 Bd. V 1062–1064, 18. 3. 1953.
- <sup>336</sup> IfZ ED 120 Nachlass Hoegner, Bd. 379, Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 2. 2. 1954.
- <sup>337</sup> BayHStA, Nachlass Schwalber 50 und 86, Schwalber an Hübscher, 11. 11. 1954; Überblick über die Leistungen, die Arbeit und die Pläne des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zum Jahreswechsel 1952/53.

Anschrift des Verfassers:  
Dr. Paul Hoser, Am Glockenbach 8, 80469 München